

Antrag

der Abg. Jochen Haußmann und Alena Fink-Trauschel u. a. FDP/DVP

Präeklampsie und das HELLP-Syndrom – Versorgungslage in Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie sich die Zahlen der Präeklampsie- sowie vom HELLP-Syndrom Betroffenen seit dem Jahr 2015 in Baden-Württemberg entwickelt haben;
2. wie die Nachbetreuung der erkrankten Frauen sowie deren Neugeborenen gewährleistet wird;
3. wie viele Kinder in Baden-Württemberg aufgrund der Präeklampsieerkrankung der Schwangeren als Frühgeburt geboren wurden und aufgrund Komplikationen eine Behinderung oder Langzeiteinschränkungen erlitten haben;
4. wie dem Umstand Rechnung getragen wird, dass an Präeklampsie erkrankte Frauen ein deutlich höheres Risiko haben, in ihrem Leben an einer kardiovaskulären Folgeerkrankung oder einer Form der Demenz zu leiden, die ihre Lebenserwartung deutlich beeinträchtigt;
5. welche Rolle Präeklampsie, das HELLP-Syndrom sowie die aus der Erkrankung resultierenden Folge Risiken in der gendersensiblen medizinischen Forschung in Baden-Württemberg einnimmt;
6. welche Erkenntnisse sie aus dem nationalen Präeklampsie-Register für Baden-Württemberg zieht;
7. wie, in welcher Art und in welchem zeitlichen Rhythmus die Vernetzung und der Austausch unterschiedlicher medizinischer und forschender Fachgruppen hinsichtlich Präeklampsie und des HELLP-Syndroms in Baden-Württemberg durchgeführt wird;
8. ob, und wenn ja wie sie sich auf Bundesebene einsetzt, das Screening zur Präeklampsie-Risikoberechnung in die Mutterschaftsrichtlinien/Ersttrimester-Screening aufzunehmen;
9. welche Rolle der Aufklärung und Forschung zur Präeklampsie-Prävention (z. B. mittels Ernährung) sowie der pathophysiologischen Mechanismen der Erkrankungen zukommt;
10. ob sie derzeit oder zukünftig eine Informationskampagne zur Aufklärung von Präeklampsie und dem HELLP-Syndrom plant.

10.4.2025

Haußmann, Fink-Trauschel, Reith, Fischer, Brauer, Bonath, Hoher, Dr. Jung, Dr. Kern, Dr. Schweickert
FDP/DVP

Begründung

Präeklampsie, umgangssprachlich auch als „Schwangerschaftsvergiftung“ bezeichnet, ist eine Schwangerschaftskomplikation. Zwei bis drei Prozent der Schwangeren in Westeuropa erleiden sie. Weltweit versterben jedes Jahr fast 70 000 Frauen an der Krankheit. Auch in Deutschland überleben etwa vier von 100 000

Frauen eine Geburt nicht. Unter der häufigsten Todesursache ist das HELLP-Syndrom, die schwerste Ausprägung der Präeklampsie. Hier kann es zur Ablösung der Plazenta, einem Leberriß, Hirnblutungen und Nierenversagen kommen.

Frauen, die in der Schwangerschaft Präeklampsie erlitten haben, tragen ein lebenslanges Risiko für kardiovaskuläre Erkrankungen. In der Forschung wird auch ein Zusammenhang zwischen Schwangerschaftskomplikationen und Demenzerkrankungen diskutiert. So berichtet die Deutsche Apotheker Zeitung vom 6. Januar 2025 („Erhöhtes Demenzrisiko für Frauen nach Gestationshypertonie“) von einer Studie, in der der Zusammenhang von Demenz und Präeklampsie untersucht wurde. Festgestellt wurden konsistente Ergebnisse für die Assoziation zwischen einer Hypertonie und Demenz.

Im Zeitungsartikel der Rheinischen Post vom 29. Dezember 2024 („Wenn eine Schwangerschaft lebensbedrohlich wird“) berichtet der Gynäkologe Prof. Dr. Ulrich Pecks, dass den Bereichen Schwangerschaft und Geburt national und international keine große Aufmerksamkeit zukommt. Er bezeichnet dies als „Low-Budget-Forschung“. Zwischen der zwölften und 14. Schwangerschaftswoche lässt sich eine Risikoberechnung erstellen. Die Geburtshilfe-Fachgesellschaft fordert, dass dieses Screening jeder Frau angeboten wird oder sie zumindest über die Krankheit aufgeklärt und über die Risikoberechnung informiert wird. In den aktuellen Mutterschafts-Richtlinien, an den sich Frauenärztinnen und Frauenärzte orientieren, ist das Screening nicht enthalten.